

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **15.** Sitzung  
**des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
(XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **21.02.2018**  
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)  
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr  
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• CDU-Fraktion**

1. Herr Heiner Cöllen ab 17.15 Uhr
2. Herr Hans-Josef Engels
3. Herr Klaus Karl Kaster
4. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
5. Frau Dr. Daniela Leyhausen
6. Frau Ursel Meis
7. Herr Werner Moritz
8. Herr Bernd Ramakers
9. Frau Maria Widdekind

#### **• SPD-Fraktion**

10. Herr Denis Arndt
11. Herr Udo Bartsch
12. Herr Harald Holler Vertretung für Gertrud Servos bis 17.35 Uhr
13. Frau Cornelia Lampert-Voscht
14. Frau Margot Mankowsky
15. Frau Gertrud Servos ab 17.35 Uhr
16. Frau Ursula Wolf

#### **• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

17. Herr Martin Kresse
18. Frau Marianne Michael-Fränzel
19. Frau Angela Stein-Ulrich

- **FDP-Fraktion**

- 20. Herr Jan Günther
- 21. Herr Gerhard Heyner
- 22. Herr Dirk Rosellen

- **Die Linke-Fraktion**

- 23. Herr Oliver Schulz ab 17.10 Uhr

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 24. Herr Carsten Thiel ab 17.45 Uhr

- **Freier Demokratischer Bund RKN**

- 25. Frau Corinna Gerstmann

- **beratende Mitglieder**

- 26. Herr Bernd Gellrich
- 27. Herr Bülent Öztas

- **Gäste**

- 28. Herr Johann-Andreas Werhahn

- **Verwaltung**

- 29. Frau Nadine Broisch
- 30. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 31. Frau Katharina Czudaj
- 32. Herr Dr. Michael Dörr
- 33. Herr Gerd Gallus
- 34. Herr Siegfried Henkel
- 35. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 36. Herr Martin Meisel
- 37. Herr Marcus Mertens
- 38. Frau Birgit Rothe-Slak

- **Schriftführer**

- 39. Herr Carsten Paetau

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
<b>Öffentlicher Teil:</b> .....		<b>3</b>
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
2.	Flüchtlinge.....	4
2.1.	Flüchtlinge - Initiative "Kompass D" Vorlage: 50/2519/XVI/2018 .....	4
2.2.	Flüchtlinge - Sachstandsbericht Vorlage: 50/2517/XVI/2018 .....	4
3.	Sozialpolitische Lage im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2535/XVI/2018 .....	4
4.	Haushalt 2018 Vorlage: 50/2540/XVI/2018.....	5
5.	Digitale Transformation - perspektivische Ausrichtung der Hygienebelehrung für Personen im Lebensmittelbereich Vorlage: 53/2473/XVI/2018.....	7
6.	Bericht aus der Kommission Silberner Plan Vorlage: 50/2526/XVI/2018 .....	7
7.	Mitteilungen .....	8
7.1.	Fehlbuchungen A2LL Vorlage: 50/2520/XVI/2018 .....	8
7.2.	Wissenschaftliche Studie zum Schlüssigen Konzept (KdU) Vorlage: 50/2521/XVI/2018 .....	8
8.	Anfragen .....	8
8.1.	Anfrage zur Schuldnerberatung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2559/XVI/2018 .....	8
8.2.	Anfrage zu Stromsperren bei Privathaushalten.....	9

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

##### Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 4, TOP 6 und TOP 8.1 lagen den Ausschussmitgliedern für die Vorbesprechung der Sitzung Tischvorlagen vor. Diese sind dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

## **2. Flüchtlinge**

### **2.1. Flüchtlinge - Initiative "Kompass D"**

**Vorlage: 50/2519/XVI/2018**

**Protokoll:**

Herr Johann-Andreas Werhahn stellte die Aktivitäten der Initiative Kompass D anhand einer Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Herr Öztas dankte Herrn Werhahn für den sehr gelungenen Bericht und wünschte weiterhin viel Erfolg. In seiner Funktion als Vertreter der Wohlfahrtsverbände machte er auf deren Angebot von diversen Praktika und Ausbildungsplätzen (Einstellung zum 01.04., zum 01.08. und zum 01.10.) aufmerksam, worauf sich die jugendlichen Flüchtlinge gerne bewerben könnten.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Kaster erklärte Herr Werhahn, dass das Projekt nach Verwendung der durch die Unternehmer/innen zur Verfügung gestellten Finanzmittel in Höhe von ca. 850.000 € voraussichtlich Ende 2019 auslaufen werde.

Kreistagsabgeordneter Moritz lobte das Engagement von Seiten der Arbeitgeber. Herr Werhahn merkte hierzu an, dass diese in erster Linie altruistischen Motiven folgen würden. Die Rekrutierung von Auszubildenden sei allenfalls ein positiver Nebeneffekt.

**SozGe/20180221/Ö2.1**

**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **2.2. Flüchtlinge - Sachstandsbericht**

**Vorlage: 50/2517/XVI/2018**

**Protokoll:**

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

## **3. Sozialpolitische Lage im Rhein-Kreis Neuss**

**Vorlage: 50/2535/XVI/2018**

**Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Cöllen fragte an, ob in Bezug auf die Haushaltsplanung 2018/2019 die Ersparnis bei Gegenüberstellung von Mehr- bzw. Minderaufwand prozentual beziffert werden könne und ob im Hinblick auf den Personenkreis der osteuropäischen Leistungsbezieher („Residenzpflicht“) noch Handlungsbedarf bestehe. Darüber hinaus nehme er mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Kreis bei der Arbeit des Jobcenters Verbesserungsbedarf sehe. Aus eigener Erfahrung habe er zwischen petenten Jugendlichen und dem Jobcenter teils eine mangelhafte Kommunikation feststellen können, selbst bei Unterstützung durch Gerichts- und Bewährungshelfer.

Kreisdirektor Brügge führte aus, dass die Verwaltung keine Gegenüberstellung in dieser Form vorgenommen habe. Dies gestalte sich beispielsweise aufgrund der gesetzlich notwendig gewordenen Anpassung der Personalgestellung an das Jobcenter schwierig (Mehrausgaben Kreispersonal/Gegenfinanzierung durch Jobcenter). Bei der Hilfe zur

Pflege erwarte man deutliche Minderaufwendungen und bei Investitionskostenzuschüssen Mehraufwendungen. Im SGB II-Bereich gehe man von deutlichen Minderaufwendungen gegenüber der Planung/ Fortschreibung aus. Dies gelte unter dem Vorbehalt, dass der Bund auch von Verfassung wegen weiterhin sein Versprechen halten kann, dass die flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft vollständig finanziert werden.

Die Diskussion zur angesprochenen Osteuropa-Thematik habe sich wesentlich entspannt. Nach seinem Dafürhalten habe das gesetzgeberische Wirken gegriffen, so dass keine wesentlichen Mehraufwendungen im 3. Kapitel SGB XII diesbezüglich zu verzeichnen seien.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Bartsch teilte Kreisdirektor Brügge mit, dass sich der Haushaltsansatz 2018 für Kosten der Unterkunft (ohne FlÜKdU) - wie auf Folie 8 der Präsentation dargestellt - auf 75,503 Mio. Euro belaufe. Diesbezüglich befinde sich die Verwaltung mit dem Landkreistag NRW und dem Jobcenter im Austausch darüber, wie sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Jahr 2018 fortentwickeln wird.

In Bezug auf das Soziale Handlungskonzept werde die Verwaltung vermutlich im zweiten oder dritten Quartal 2018 auf den Sozial- und Gesundheitsausschuss zukommen und sich detaillierter austauschen. Der Zeitpunkt hänge davon ab, wie sich dieser Bereich durch den Übergang von Projekten in das Regelwerk entwickle. Möglicherweise würden auch in das Regelwerk übergehende Projekte gefördert.

Kreistagsabgeordneter Thiel zeigte sich über das deutlich angestiegene Budget für Nachhilfe im Bereich Bildung und Teilhabe sehr erfreut. Was das Jobcenter angehe, kritisierte er, dass Mittel aus dem Eingliederungsbudget zur Finanzierung von Verwaltungskosten des Jobcenters zweckentfremdet werden müssen und teilweise unpassende Maßnahmen eingekauft würden, an welche das Jobcenter die Kunden anschließend verweise. Vor allem im Bereich Pflege fehle es an geschultem Fachkräftepersonal. Erfreulich hingegen seien der sinkende Aufwand im Bereich Heimpflege sowie die Erhöhung der Anzahl der Tagespflegeplätze. Hierauf sollte weiterhin ein Schwerpunkt gelegt werden, um pflegende Angehörige zu unterstützen und zu entlasten.

### **SozGe/20180221/Ö3**

#### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **4. Haushalt 2018**

##### **Vorlage: 50/2540/XVI/2018**

##### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordnete Stein-Ulrich äußerte eine Reihe von Fragen zum Haushaltsentwurf 2018, welche Kreisdirektor Brügge teilweise bereits in der Sitzung beantworten konnte. Aufgrund des Umfangs des Fragenkataloges sind die Fragen nebst entsprechenden Erläuterungen des Kreissozialamtes wie von Kreisdirektor Brügge zugesagt im Folgenden dargestellt:

*Sonstige Kosten KdU: Warum ist der Ansatz deutlich erhöht worden?*

PSP	PSK	Bezeichnung	IST 2017	Plan 2018 Alt	Plan nach Veränderungsliste	Verbesserung
050 312 010	54610020	Sonstige KdUuH	467.719,50 €	620.000,00 €	477.000,00 €	143.000,00 €

Wie in der Sitzung von Herrn Brügge erläutert, wurde der Haushaltsansatz zwischenzeitlich an die gegenwärtige Entwicklung angepasst und daher gesenkt. Weiterhin enthält er einen Risikoaufschlag für den Fall des Familiennachzugs zu Flüchtlingen (der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten ist weiterhin ausgesetzt).

*Personalkostenzuschüsse werden jährlich i. H. v. 1 % fortgeschrieben. Warum steigen die Zuschüsse bei dieser Haushaltsposition um 8 %?*

PSP	PSK	Bezeichnung	Ansatz	
			2017	2018
050 331 010	5318 0060	Zuschuss für allgemeine Sozialarbeit	313.790,00 €	340.000,00 €

Die Grundvergütung für die Beratungskräfte ist aufgrund zwischenzeitlich veränderter Anspruchsvoraussetzungen angepasst worden. Die Anzahl der geförderten Kräfte ist unverändert geblieben. Außerdem wurde der Haushaltsansatz um eine Lohnkostensteigerung i. H. v. 1 % fortgeschrieben.

*Warum ist der Ansatz deutlich niedriger als das vorläufige Ergebnis 2016?*

PSP	PSK	Bezeichnung	Ansatz	
			2017	2018
050 332 010	4211 1500	Leistungen Sozialleisttr.aE HzL(del)	260.000,00 €	260.000,00 €
IST				
2014	2015	2016	2017	2018
244.572,50 €	261.938,04 €	363.663,76 €	190.252,11 €	10.212,68 €
	7,10%	38,84%	-47,68%	

Auf dieser Haushaltsstelle werden Erträge aufgrund der Kostenersatzregelungen nach §§ 102 ff. SGB X verbucht. Hierbei handelt es sich um Fälle bei denen ein Leistungsträger auf Grund gesetzlicher Vorschriften vorläufig Sozialleistungen erbracht hat, seine Leistungsverpflichtung nachträglich entfallen, er nachrangig verpflichtet oder unzuständig ist.

Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre ist das Ergebnis auf dieser Haushaltsstelle stark schwankend, daher wurde der Ansatz belassen.

*5468 0110, Schulsozialarbeit*

*Gibt es Signale von Bund und Land für die Zeit nach dem Programmauslauf am 31.12.2018?*

Die Landesregierung wird das Förderprogramm bis 2021 fortführen.

Im Rhein-Kreis Neuss lief bis zum 31.01.2018 eine Abfrage bei den Städten und Gemeinden, ob die Städte und Gemeinden das Programm fortführen möchten. Derzeit stehen vereinzelte Antworten aus.

*Ist der Ansatz auf Grund der neuen Gesetzeslage reduziert worden?*

PSP	PSK	Bezeichnung	Ansatz	
			2017	2018
050 336 010	4221 2310	Unterhalt nach BGB HzP iE (n del)	550.000,00 €	550.000,00 €

IST			
2015	2016	2017	2018
511.250,90 €	578.265,35 €	861.748,65 €	368.492,86 €

Der einschlägige § 94 SGB XII enthält bislang keine solche Regelung. Der Freibetrag von 100.000 Euro ist dem Koalitionsvertrag entnommen. Es ist beabsichtigt, Kinder pflegebedürftiger Eltern künftig zu entlasten. Absichtserklärungen in Koalitionsverträgen können haushaltstechnisch noch keine Berücksichtigung finden.

*In der Pflegebedarfsplanung (Seite 86) sind die Kosten im Jahr 2017 deutlich niedriger ausgefallen und sollen lt. Gutachten weiter sinken. Sind somit die Ausgaben zu hoch und die Erträge in diesem Bereich zu niedrig angesetzt?*

Die Haushaltsansätze wurden seit der Haushaltsaufstellung im Mai 2017 an die Entwicklungen des Haushaltsergebnisses 2017 angeglichen. Insbesondere wurde der Haushaltsansatz „HzP über 65 Jahre iE (n del)“ von bisher eingeplanten 16.199.000 € um 2,6 Mio. € auf 13.555.000 € gesenkt.

*Flüchtlingsunterbringung: Warum ist dafür kein Geld mehr eingestellt worden?*

Wie in der Sitzung von Herrn Brügge erläutert, ist die Unterbringung der Flüchtlinge nicht Aufgabe des Kreises. In 2016 gab es eine Sondersituation, die es erforderlich machte, dass der Kreis das Land bei der Erstunterbringung der Flüchtlinge unterstützt hat.

*Sprachheilhilfe: Warum ist der Ansatz niedriger als das vorläufige Ergebnis 2016?*

Wie in der Sitzung von Herrn Brügge erläutert, wird die Aufgabe bei höherer Kas- senbeteiligung fortgeführt.

## **5. Digitale Transformation - perspektivische Ausrichtung der Hygienebe- lehrung für Personen im Lebensmittelbereich**

**Vorlage: 53/2473/XVI/2018**

### **Protokoll:**

Herr Dr. Dörr, Leiter des Kreisgesundheitsamtes, stellte das Projekt zur Hygienebeleh- rung in einem Kurzvortrag vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beige- fügt.

### **SozGe/20180221/Ö5**

### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss begrüßt die innovative Umsetzung der Hygiene- belehrung im Rhein-Kreis Neuss.

## **6. Bericht aus der Kommission Silberner Plan**

**Vorlage: 50/2526/XVI/2018**

### **Protokoll:**

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

**SozGe/20180221/Ö6****Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Sitzung der Kommission Silberner Plan vom 29. Januar 2018 zur Kenntnis.

**7. Mitteilungen****7.1. Fehlbuchungen A2LL****Vorlage: 50/2520/XVI/2018****Protokoll:**

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Servos erklärte Kreisdirektor Brügge, dass sich die Problematik der Fehlbuchungen A2LL ausschließlich auf das Abrechnungsverfahren zur Bundeserstattung ausgewirkt habe. Für die Kunden des Jobcenters habe dies zu keinem Nachteil geführt.

**SozGe/20180221/Ö7.1****Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**7.2. Wissenschaftliche Studie zum Schlüssigen Konzept (KdU)****Vorlage: 50/2521/XVI/2018****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Thiel berichtete davon, dass der Sozialausschuss der Stadt Neuss in seiner Sitzung am 20.02.2018 ein Konzept zum Erwerb von Belegungsbindungen als Teil eines Gesamtkonzeptes zum bezahlbaren Wohnraum in Neuss beschlossen habe. Dies sehe er aufgrund potenziell zu befürchtender „Wucherpreise“ problematisch.

Kreistagsabgeordneter Bartsch wies darauf hin, dass es dieses Instrument auch in der Stadt Düsseldorf gebe, jedoch nicht in Anspruch genommen werde.

Nach Einschätzung von Kreisdirektor Brügge wirke das Instrument nicht.

**SozGe/20180221/Ö7.2****Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**8. Anfragen****8.1. Anfrage zur Schuldnerberatung im Rhein-Kreis Neuss****Vorlage: 50/2559/XVI/2018****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Cöllen bedankte sich bei der Verwaltung für die substantiierte Beantwortung der Anfrage. Er habe die Befürchtung, dass sich manche Personen aus



Scham nicht an die Beratungsstelle wenden und manche diese gar nicht kennen könnten.

Kreisdirektor Brügge erklärte, dass die Verwaltung bereits vor Eingang des Antrages anhand vorliegender Berichte einen Gesprächsbedarf mit den Beratungsstellen festgestellt habe. Einerseits steige die Anzahl der überschuldeten Haushalte laut einer Studie der Creditreform (SchuldnerAtlas) an und andererseits gingen die Beratungszahlen zurück. Ziel müsse es sein, die betroffenen Personen verstärkt in die Beratungsstellen zu bekommen. Hierfür werde die Verwaltung zunächst die konkreten Zahlen und Erfolge auswerten und danach im Rahmen des Wirkungsdialoges auf die Beratungsstellen zugehen.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose vermutete aufgrund der Kurzfristigkeit der Anfrage zunächst Beratungsbedarf in den Fraktionen. Er hoffe, dass die Thematik möglichst bereits in der nächsten Ausschusssitzung ausführlicher dargestellt und aufbereitet werden könne, um in die Diskussion einzusteigen.

## **8.2. Anfrage zu Stromsperrn bei Privathaushalten**

### **Protokoll:**

Ausschussmitglied Holler machte auf die Problematik von Stromsperrn bei Privathaushalten aufmerksam. Diesbezüglich bat er die Verwaltung, in der nächsten Ausschusssitzung die Anzahl der betroffenen Fälle sowie Möglichkeiten für Verschuldete darzustellen.

Kreisdirektor Brügge wies darauf hin, dass der Kreis aufgrund der Liberalisierung des Strommarktes und aus Datenschutzgründen vermutlich keine statistischen Daten erhalten könne. Bei Leistungsbeziehern nach dem SGB II bestehe die Möglichkeit, dass das Jobcenter bzw. die Fachstelle für Wohnungsnotfälle der Stadt Neuss bestehende Zahlungsrückstände im Rahmen eines Darlehens direkt gegenüber dem Stromanbieter übernimmt. Eine Beratung erfolge über das Jobcenter oder die vier Schuldnerberatungsstellen im Rhein-Kreis Neuss. Darüber hinaus sehe der Kreis aktuell keine weitergehende Lösung, um dieser Problematik zu begegnen, da ihm hierfür die Handhabe fehle.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 19:15 Uhr die Sitzung.



**Dr. Hans-Ulrich Klose**  
Vorsitzender



**Carsten Paetau**  
Schriftführung